



Prof. Dr. Nicolas R. Ziebarth, Assistenz-Professor an der Cornell University und Research Affiliate am DIW Berlin

FÜNF FRAGEN AN NICOLAS R. ZIEBARTH

»Gesundheitsfonds: strategische Überlegungen bremsen Kassenwettbewerb«

1. Herr Prof. Ziebarth, der 2009 eingeführte Gesundheitsfonds und die ungeliebten Zusatzbeiträge sollten den Preiswettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen intensivieren. Ist dieses Ziel erreicht worden? Das Ziel, die Preistransparenz zwischen den Krankenkassen und die Wechselbereitschaft der Versicherten zu erhöhen und dadurch den Wettbewerb zu intensivieren, ist aus unserer Sicht erreicht worden. Dabei sind die Zusatzbeiträge im Prinzip nur eine andere Art der Ausweisung von Preisunterschieden zwischen den Krankenkassen. Vor 2009 hat jede Krankenkasse autonom einen Beitragssatz ausgewiesen. Doch um den tatsächlichen Preis seiner Krankenversicherung berechnen zu können, musste der Versicherte seinen Bruttomonatslohn und die Beitragsbemessungsgrenze kennen. Das war keine verbraucherfreundliche Lösung.
2. Wie stark ist die Wechselbereitschaft der von Zusatzbeiträgen betroffenen Versicherten seit 2009 gestiegen? Die Wechselbereitschaft der Betroffenen ist durch die Ausweisung von Zusatzbeiträgen, aber auch durch Prämienausschüttungen von fünf auf rund zehn Prozent gestiegen, sie hat sich also ungefähr verdoppelt.
3. Nun haben Branchengrößen wie die DAK, die KKH-Allianz und die Deutsche BKK die Abschaffung des Zusatzbeitrages angekündigt. Andere Krankenkassen wollen dem Beispiel anscheinend folgen. Ist damit wieder alles beim Alten? Das ist durchaus ein Problem. Zurzeit erheben gut zehn Krankenkassen Zusatzbeiträge, und gut fünf Krankenkassen erstatten Prämien. 135 Krankenkassen erstatten weder Prämien noch erheben sie Zusatzbeiträge. Das heißt, Versicherte in 135 Krankenkassen zahlen im Prinzip denselben Preis. Die wenigen großen Krankenkassen, die Zusatzbeiträge erheben, würden diese Zusatzbeiträge im Frühjahr gerne abschaffen. Der Grund: Mit einer zweiten, kleinen Gesundheitsreform zu Beginn dieses Jahres wurde der vereinheitlichte Beitragssatz von 14,9 auf 15,5 Prozent angehoben.

Diese Anhebung spült zunächst einmal mehr Geld in den Gesundheitsfonds, der nach aktuellen Schätzungen, auch wegen der guten Konjunktur, bis Jahresende gut 8,6 Milliarden Euro Rücklagen hat. Insofern kann man sagen, dass die Politik indirekt dazu beigetragen hat, dass es voraussichtlich weniger Zusatzbeiträge geben wird. Offensichtlich war das auch eine strategische Überlegung der Bundesregierung, um die unpopulären Zusatzbeiträge bis zur Bundestagswahl 2013 möglichst zu vermeiden. Anscheinend ist die Politik bereit, den Wettbewerb auf dem Krankenkassenmarkt für solche Überlegungen zu opfern.

4. Sollte der Beitragssatz wieder gesenkt werden? Nein. Die Politik hat sich nun einmal entschieden, mit der Reform den Beitragssatz theoretisch für alle Zeiten festzuschreiben und zu vereinheitlichen. Sie sollte daran jetzt nicht mehr rütteln, um den Beitragssatz gegebenenfalls bei der nächsten Rezession wieder anzuheben. Vielmehr sollten die solide wirtschaftenden Kassen, die im Moment große Rücklagen vorhalten, um Zusatzbeiträge auf Jahre zu verhindern, veranlasst werden, Prämien auszuschütten. Gleichzeitig könnte die Politik die Mindestversicherungszeit von 18 Monaten absenken, um solche Prämienausschüttungen auch zu honorieren und den Versicherten zu ermöglichen, früher zu wechseln.
5. Wie sollte der Gesundheitsfonds in Zukunft ausgestaltet werden? Im Prinzip ist der Gesundheitsfonds ein gut funktionierendes Instrument, um die Einnahmeseite im Krankenkassenwettbewerb zu steuern. Die Politik sollte dafür sorgen, dass es auch 2012 eine Preisdifferenzierung zwischen den verschiedenen Krankenkassen und somit auch eine Wahlmöglichkeit für die Versicherten gibt. Das könnte zum Beispiel dadurch erreicht werden, dass die Zuweisungen an die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds nicht 100 Prozent der Leistungsausgaben betragen, sondern auf 98 Prozent gedeckelt werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Miriam Hauft
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill
Lana Stille

Lektorat

Dr. Markus Grabka
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.